



Schuldenbremse?

Steuern statt bremsen!

DIE LINKE.

Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

SPD, CDU, DIE LINKE und FDP waren sich Anfang 2010 einig, dass der Ausgang der vor dem Bundesverfassungsgericht anhängigen Klage gegen die Schuldenbremse abgewartet werden muss. Alle sprachen sich gegen Eile aus, da die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse erst 2020 greift.

Dann prescht die CDU vor.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU, am 4. Januar 2011

„Außerdem werden die Fraktionen von CDU und SPD [...] die grundgesetzlich bereits vereinbarte Schuldenbremse in dieser Legislatur auch in der Landesverfassung verankern.“

Goldene Himbeere

Anlässlich der Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung durch die Fraktionen von SPD, CDU und FDP hat der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Helmut Holter, die „Goldene Himbeere“ für die größte politische Fehlleistung verliehen.



Was stört mich mein Geschwätz von gestern!

Ministerpräsident Erwin Sellering, SPD, am 6. Februar 2009

„Mecklenburg-Vorpommern hätte eine Schuldenbremse nicht gebraucht. Wir betreiben schon seit vielen Jahren eine sehr solide Haushaltspolitik. Es ist wichtig, dass wir diese Finanzpolitik fortsetzen.“

MdL Michael Roof, FDP- Fraktion, am 14. April 2011

„FDP macht bei Schuldenbremsen-Show nicht mit. Wir bleiben bei unseren Forderungen nach einer umfassenden Buchführung, der Darstellung von Risiken, Schulden und Vermögen des Landes. Außerdem hält die FDP-Fraktion einen regelmäßigen Beteiligungsbericht sowie ein Konzept zur Entschuldung der Kommunen für zwingend notwendig.“

MdL Rudolf Borchert, SPD-Fraktion, am 4. März 2009

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der geplanten Schuldenbremse im Bund und dem Schuldenverbot für die Länder wird es in Zukunft viel, viel schwieriger sein, eine seriöse und rationale Fiskalpolitik zu ermöglichen.“



Ministerpräsident Erwin Sellering, SPD, am 16. März 2011

„Wir wollen die Schuldenbremse in der Landesverfassung, wir wollen sie, weil das die stärkste Form ist, mit der sich politische Parteien hier im Landtag zu einer soliden, einer verlässlichen, einer nachhaltigen Finanzpolitik bekennen können.“

MdL Michael Roof, FDP- Fraktion, am 24. Mai 2011

„Die Liberalen sagen nein zur rückwärtsgewandten Politik mit immer neuen Schulden und sozialen Versprechungen, die unbezahlbar sind. Zur Sicherung der Finanzkraft künftiger Generationen unterstützen wir deshalb die zügige Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung.“

MdL Rudolf Borchert, SPD-Fraktion, am 16. März 2011

„Und drittens, die Festschreibung einer neuen Schuldenregel in der Verfassung wäre eine Selbstverpflichtung für die Politik unseres Landes, für die Notwendigkeit einer soliden und nachhaltigen Finanzpolitik.“

Die Fraktion DIE LINKE steht für stabile und ausgeglichene Haushalte. Rote können schwarze Zahlen schreiben - das haben sie auch in Regierungsverantwortung unter Beweis gestellt. Unter Rot-Rot wurde der Haushalt konsolidiert, seit 2006 nimmt das Land keine neuen Kredite mehr auf.

Deshalb brauchen wir diese Schuldenbremse nicht:

- **Verfassungsrechtliche Gründe:** Die Schuldenbremse greift in die Budgethoheit der Länder ein. Deshalb klagt der Landtag Schleswig-Holsteins vor dem Bundesverfassungsgericht. Anstatt das Ergebnis abzuwarten, handeln SPD, CDU und FDP voreilig und verfassungsrechtlich zweifelhaft.
- **Finanzpolitische Gründe:** Das eigentliche Problem liegt in den viel zu niedrigen Einnahmen. Anstatt sich darum zu kümmern, dass etwa große Vermögen und Spitzeneinkommen endlich angemessen besteuert werden, geht es immer nur um Ausgabenkürzungen. Das bedeutet in erster Linie weniger Geld für Bildung und Soziales – und damit weniger Vorsorge für die Zukunft. Dies ist auch aus Sicht der Gewerkschaften ein finanzpolitischer Irrweg.
- **Belastung der Kommunen:** Es besteht auch aus Sicht der kommunalen Ebene die Gefahr, dass letztlich die Kommunen die Zeche bezahlen, weil sie weniger Geld vom Land bekommen und trotzdem ihre Aufgaben erfüllen müssen.
- **Kein Grund zur Eile:** Die Schuldenbremse gilt für die Länder erst ab 2020. Es gibt also keinen Grund, jetzt eilig die Schuldenbremse des Bundes abzuschreiben und in der Landesverfassung zu verankern. Das ist reine Effekthascherei.

Diese Schuldenbremse löst die Probleme nicht!

Mehreinnahmen statt kaputt sparen.



www.linksfraktionmv.de